

Durchblick

Zeitung der ver.di-Vertrauensleute im Knappschaftskrankenhaus Sulzbach

Durchblick fragte ver.di-Fachbereichsleiter Thomas Müller:

Kommt es im neuen Jahr zum Streik?

Die ver.di-Bundestarifkommission hat am 19. Dezember 2002 um 13:15 Uhr die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst einstimmig für gescheitert erklärt. Ebenso einstimmig rief sie die Schlichtung unter Vorsitz des ehemaligen Bremer Bürgermeisters Hans Koschnick an. Wir fragten den ver.di-Fachbereichsleiter Gesundheitswesen zur aktuellen Situation.

In der Nacht zuvor hatten - nach vierzehn Stunden Verhandlungen - die Arbeitgeber eine Provokation vorgelegt, die sie als „Angebot“ bezeichnen: 0,9 Prozent mehr ab 1. Januar 2003 sowie jeweils weitere 1,2 Prozent ab 1. Oktober 2003 im Westen und ab 1. Januar 2004 im Osten. Für November und Dezember 2002 soll es für einige Lohn- und Gehaltsgruppen 40 Euro geben.

Die Mindestlaufzeit soll bis zum 30. Juni 2004 dauern, ebenso lange soll die Zuwendung - das Weihnachtsgeld - eingefroren bleiben.

Eine Anpassung der Ost-Einkommen ans Westniveau soll an die Einführung eines Arbeitnehmerbeitrages zur Zusatzversorgung gekoppelt werden: für jeden Prozentpunkt über 90 Prozent jeweils 0,2 Prozent.

Zudem wollen die Arbeitgeber als „Ausgleich für Mehrbelastungen“ die Wochenarbeitszeit im Westen auf 39 Stunden erhöhen, den „AZV-Tag“ im Osten streichen und die Tarifregelung zur sozialen Absicherung im Osten unbefristet verlängern. Überdies soll, so die Arbeitgeber, bis Ende 2004 das Tarifrecht des öffentlichen Dienstes neu gestaltet werden.

Dieses Angebot bewertete Thomas Müller, im Gespräch mit dem Durchblick „als eine eindeutige Kampfansage die mit Recht zum Scheitern der Tarifverhandlungen geführt hat.“ Das hatten auch unsere ver.di-Vertrauensleute im Knappschaftskrankenhaus Sulzbach im Vorfeld der Verhandlungen gefordert.

Am 28. Dezember begann die Schlichtung unter dem stimmberechtigten Vorsitzenden Hans Koschnick. Diese wird heute fortgesetzt und muss bis zum 5. Januar mit einer Einigungsempfehlung beendet werden.

Über die am 6. Januar zugestellte Empfehlung wird die Bundestarifkommission am gleichen Tag beraten. Sie hat über Annahme oder Ablehnung zu entscheiden.

Innerhalb von drei Tagen sind auf dieser Grundlage erneut Verhandlungen mit den Arbeitgebern aufzunehmen. Spätestens am 9. Januar entscheidet sich also, ob der Tarifkonflikt endet oder weiter eskaliert.

Kommt es auch nach einer Schlichtung zu einer Eskalation, erläutert Müller der Redaktion den weiteren Fahrplan:

Generell kann ver.di vor einem Streik eine Urabstimmung ansetzen, muss es aber nicht. Festgelegt ist dies in den Arbeitskampfrichtlinien der Gewerkschaft. Danach entscheidet der ver.di-Bundesvorstand darüber, ob und in welchen Bereichen eine Urabstimmung stattfindet. Ich gehe davon aus, dass der Bundesvorstand zu einer Urabstimmung aufruft, dann darf ein Streik nur eingeleitet werden, wenn mindestens 75 Prozent der ver.di-Mitglieder, die zur Urabstimmung aufgerufen und nicht abwesend sind, sich für einen Streik aussprechen.

Kommt es dann schließlich zu einem Streik werden wir in allen Teilen des Öffentlichen Dienstes - auch in den Krankenhäusern - zu Arbeitskampfmaßnahmen greifen, so Müller. Allerdings legt die jeweilige Arbeitskampfleitung fest, welche Notdienstarbeiten auch während der Dauer des Streiks zu verrichten sind. Es versteht sich von selbst, dass Krankenhäuser und Pflegeheime nicht vollständig lahmgelegt werden. Der Betrieb wird

in Teilen aufrecht erhalten, kranke und pflegebedürftige Menschen sollen nicht unter dem Tarifkonflikt leiden.

Letztlich bestimmt der Bundesvorstand auch, wann der Streik beendet wird. Der Beschluss kann von dem Ergebnis einer Urabstimmung abhängig gemacht werden - er muss es aber nicht. Es sei denn, dem Arbeitskampf ist eine Urabstimmung vorausgegangen. Dann müssen die Gewerkschaftsmitglieder immer dann erneut zu den Urnen gerufen werden, wenn das Tarifergebnis von der Forderung abweicht. Stimmen mehr als 25 Prozent der Abstimmungsberechtigten für die Annahme des Abschlusses, ist der Arbeitskampf beendet.

Bis zu einem erfolgreichen Abschluss in der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst ist noch ein weiter und ereignisreicher Weg zurück zulegen, führte Müller weiter aus. Er ruft alle ver.di-Mitglieder im Knappschaftskrankenhaus Sulzbach auf, sich an den anstehenden Aktionen zu beteiligen. „Kommt es zum Streik dann brauchen wir Euch alle,“ so Müller.

„Alle die uns in den nächsten Tagen tatkräftig unterstützen, können sich auch der Unterstützung von ver.di sicher sein!“



Thomas Müller und Michael Quetting sind optimistisch, dass die Arbeitgeber mit ihren Unverschämtheiten nicht durchkommen. Sie sprachen zwischen Weihnachten und Neujahr ihre Strategie und Taktik für die nächsten Wochen ab.

Flugblatt von Attac Saar:

Neoliberale Politik schadet Arbeitnehmern

Die bescheidenen Tarifforderungen von ver.di werden mit dem Argument abgelehnt, die öffentlichen Hände hätten kein Geld. Auf der Demonstration am Tag des Warnstreikes, am 17.12.02, in Saarbrücken verteilte das globalisierungskritische Netzwerk Attac zum Tarifkonflikt ein Flugblatt, aus dem wir zitieren.

Die Verschuldung der „öffentlichen Hand“ ist kein Naturereignis, sondern wurde in den letzten 20 Jahren systematisch von den Bundesregierungen herbeigeführt. Von 1985 bis 1998 hat die CDU-FDP-Koalition den Anteil der Gewinn- und Unternehmenssteuern am gesamten Steueraufkommen halbiert, den Anteil der indirekten Steuern (die alle Verbrau-

drastisch erhöht. Wären die Kapitalsteuern am Ende der Kohl-Regierung noch so hoch wie 1985 gewesen, hätte der Staat jährlich 100 Mrd. Euro an Mehreinnahmen, es gäbe also gar kein Verschuldungsproblem!

Die Kapitaleseite argumentiert, sie müsse von Steuern entlastet werden, um international wettbewerbsfähig zu bleiben und „Arbeits-



Arbeit(skraft) billiger – das ist das Ziel der Riester-Rente, der Hartz-Arbeitslosenbekämpfung, der Rürup-Kommission. Andererseits öffnet man mit der Zerschlagung der solidarisch und paritätisch finanzierten Sozialversicherung ein weites Feld für private Investoren, die neue Anlagemöglichkeiten suchen im Bereich Alters- und Gesundheitsvorsorge, Arbeitsvermittlung usw.

Bei diesem Prozess der Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge und öffentlichen Eigentums ist die staatliche Politik nicht etwa hilfloses Opfer, sondern sie treibt ihn aktiv voran. Beispiel: die „Cross-Border“-Verträge. Deutsche Kommunen verpachten z.B. Abwasserentsorgung, Kläranlagen, Müllabfuhr für 99 Jahre an einen US-Konzern und leasen diese anschliessend wieder zurück. Angeblich gewinnen dabei beide – der Konzern spart Steuern in den USA und die Kommune erhält davon einige Millionen „Pachtgebühr“. Hört sich schön an. Was aber, wenn morgen deutsche Konzerne dasselbe machen dürften? Wer garantiert, dass das, was heute den US-Staat trifft, morgen nicht auch die öffentlichen Hände in Deutschland trifft?

Seit Jahren wurden und werden im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO Vertragswerke ausgeknobelt (GATT, TRIPS, GATS), die die weltweite Neuregulierung von Märkten und die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen zum Ziel haben. Kein Thema aber



cher zahlen müssen, auch Arbeitslose, RentnerInnen, Sozialhilfe-berechtigte) aber



plätze zu schaffen“. Doch die enormen Kapitalmassen, die sich bei den deutschen Global Players ansammelten, nutzten diese für eine weltweite Einkaufstour (Deutsche Bank – Bankers Trust, Daimler Benz – Chrysler, RWE – kommunale Elektrizitäts- und Wasserversorgung in der 3. Welt...) In Deutschland aber wurde kaum in Erweiterung investiert; wie denn auch, wenn das Wirtschaftswachstum stagniert. Wenn hier investiert wurde, dann in Rationalisierung, was die Arbeitslosigkeit erhöhte und die Massenkauflkraft senkte. Von der Staatsverschuldung aber profitierten vor allem Grossbanken und Grossanleger, die sich auf sichere Zinsgewinne aus den inzwischen fast untilgbaren Staatsanleihen freuen dürfen.

Die bewusst herbeigeführte Staatsverschuldung dient nun als Begründung, „Lohnnebenkosten“ und Löhne zu senken, die gesetzlichen Sozialversicherungen zu zerstören. Damit schlägt man zwei Fliegen mit einer Klappe: Einerseits macht man die



ist dabei die Schliessung der Steuerparadiese, die gegenseitige Informationspflicht bei ausländischen Kapitalanlagen und eine internationale Devisentransaktionssteuer. Durch diese Massnahmen könnten nicht nur die hektischen Kursschwankungen reguliert werden, sondern vor allem auch hunderte Milliarden Dollar für die Unterstützung jener zwei Milliarden Menschen zur Verfügung gestellt werden, die heute täglich um ihr Überleben kämpfen.

Mit dem Durchblick durchs Haus
Überblick im Chaos

Die Pflegesekretärinnen:

Sabine, weißt Du, wo

„Sabine, ich brauche dringend die Röntgenbilder von Frau M., weißt Du, wo die sind?“ Sabine Minnich, seit acht Jahren Pflegesekretärin auf Station 4, weiß nicht, wo die Röntgenbilder liegen, aber sie weiß, wo sie die Bilder finden kann: in der Chirurgischen Ambulanz, im Archiv, im Postfach, in der Röntgenabteilung. Sabine Minnich sucht mit Systematik, denn Akten, Bilder und Laborbefunde suchen gehört für sie zum Alltag wie das tägliche Brot. „Damit geht leider viel Arbeitszeit verloren“, sagt sie. „Aber ich finde immer, was ich suche“. Zeit hat sie eigentlich zu wenig, ihre Schicht beginnt um 8.00 Uhr und endet um 12.00. Als Pflegesekretärin

braucht man Organisationstalent, Nerven wie Drahtseile und - wie schon erwähnt – detektivische Fähigkeiten. Sie checkt den Belegungsplan: neun Entlassungen stehen heute an.

Akten raussuchen, Kurzarztbriefe kuvertieren, Fragen der Patienten beantworten, Arzt rufen, weil noch Fragen offen stehen. Derweil treffen die ersten Zugänge ein. Acht gynäkologische Patientinnen und fünf chirurgische sind geplant.

Das alles passiert jedoch nicht schön eins nach dem andern, sondern sowohl als auch. Das Telefon klingelt ständig. Der OP fordert eine Patientin an, zwei Patienten sollen in die

Röntgenabteilung gebracht werden, eine Arztpraxis wünscht eine Terminvergabe – das Gespräch wird zur Chirurgischen Ambulanz weitergeleitet -, ein ehemaliger Patient guckt vorbei und erkundigt sich nach dem werten Befinden. Und trotz Stress hat Sabine Minnich Zeit für ein paar nette Worte. Sie kann ja gleichzeitig die neuen Dokumentenmappen für die Zugänge anlegen, Anmeldungen für Untersuchungen ausfüllen und Befunde abheften. Die Patientenrufan-

lage meldet sich. Sabine fragt nach und informiert eine Pflegekraft aus dem Bereich.

„Sabine, hast Du die Röntgenbilder gefunden?“ Natürlich hat sie, sie waren aus Versehen auf Station drei gelandet.

Stationsleiter Rudi Leibfried weiß, was er an Sabine Minnich hat. „Als vor zehn Jahren die Pflegesekretärinnen eingeführt wurden, war ich zunächst strikt dagegen. Ich wollte damals lieber eine Pflegekraft“, erinnert er sich.

„Heute sehe ich mit Grauen auf den Dienstplan, wenn sie Urlaub hat. Dann müssen wir nämlich ihre Arbeit übernehmen und da wird einem erst einmal klar, was sie alles geschafft“.



Erklärung von IG Metall, ver.di und Attac:

Abgeltungssteuer kein Ersatz für die Vermögensteuer

Schon auf der Kundgebung vor unserem Krankenhaus kritisierte unser Vertrauensleutsprecher Michael Quetting die geplante 25%ige Abgeltungssteuer auf Zinseinkünfte und verurteilte die Amnestie für Steuerflüchtlinge. Er sagte: „Dies ist eine doppelte Steuersenkung für die Vermögenden! Zinseinkünfte sollen in Zukunft niedriger besteuert werden, als die große Mehrheit der Lohn-einkommen. So wird aus dem Unrecht der Steuerflucht Recht gemacht.“

Am 20.12. bemängelten IG Metall, ver.di und Attac gemeinsam, dass die Abgeltungssteuer zu einer fast Halbierung der Steuerschuld für Gutsituierte führe. Zinsgewinne sollen in Zukunft generell niedriger besteuert werden als

die große Mehrheit der Lohn-einkommen. „Dies ist die falsche Antwort auf die Herausforderung der globalisierten Finanzmärkte,“ heißt es in der gemeinsamen Erklärung. Weiter stellen die Gewerkschaften und Attac fest: „Die geplante Amnestie für Steuerflüchtlinge wird scheitern und die erhofften einmaligen Steuereinnahmen in zweistelliger Milliardenhöhe werden ausbleiben. Die große Mehrheit der Steuerflüchtlinge wird das Geld lieber im Ausland belassen, statt einen 25-prozentigen Vermögensabzug hinzunehmen. Zurückbleiben werden dagegen niedrigere Steuereinnahmen und die nachhaltige Beschädigung von Steuersystematik und Steuergerechtigkeit. Die niedrigen Steuern auf

Kapitaleinkünfte werden auch in Zukunft von den Arbeitnehmern auszugleichen sein. Wir halten die jetzt geplante Abgeltungssteuer für falsch. Es ist an dem Grundprinzip festzuhalten, alle Einkunftsarten bei der Einkommensbesteuerung gleich zu behandeln. Die zahlreichen Lücken bei der Besteuerung von Kapitaleinkünften sind zu schließen.

Vor allem fordern wir:

Starken politischen und wenn nötig wirtschaftlichen Druck auf die Steueroasen, um ein internationales Kontrollmitteilungsverfahren für Kapitaleinkünfte durchzusetzen.

Einschränkung des steuerlichen Bankgeheimnisses, um die Besteuerung von Zins-, Dividenden- und Spekulationsgewinnen umfassend durchzusetzen.

Die Wiedererhebung der Vermögensteuer und die Reform der Erbschaftsteuer, um die Vermögenden nach ihrer Leistungsfähigkeit an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben zu beteiligen.



Die ver.di-Vertrauensleute und die Durchblick-Redaktion wünschen allen Leserinnen und Lesern ein glückliches und erfolgreiches neues Jahr.

Aktuelles...

Qualitätskonferenz

Zu einer Qualitätskonferenz lädt die Betriebsleitung und das Qualitätsbüro für den 9. Januar ein. Es werden erstmals alle drei Direktoren das Wort zum Qualitätsprozess ergreifen. Damit wird der Startschuss für die Qualitätszirkel gesetzt, die bis März die Selbstbewertung nach KTQ erarbeiten sollen.

Vertrauensleutekonferenz

Am gleichen Tag findet eine Vollversammlung der ver.di-Vertrauensleute statt. Die Tagesordnung sieht vor, dass sich die Kolleginnen und Kollegen in erster Linie mit dem Arbeitskampf im öffentlichen Dienst befassen werden. An diesem Tag entscheidet sich das weitere Vorgehen. Die Streikbereitschaft wird allgemein als sehr hoch eingeschätzt.

Arbeitszeitmodell der inneren Ärzte

Seit 1. Januar gilt auf der inneren Abteilung ein neues Arbeitszeitmodell. Der Bereitschaftsdienst wurde abgeschafft und neue Arztstellen geschaffen. Die Zeitung des Qualitätsbüros berichtet umfassend.

Impressum:

**Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
ver.di - Fachbereich 03**

Gesundheit, soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen
Fachgruppe: Krankenhäuser
St. Johanner Str. 49; 66123 Saarbrücken – Eigendruck;
Vi.S.d.P.: Thomas Müller

Kontakt im Haus:

Sprecher Michael Quetting auf der Station 6 oder im Qualitätsbüro oder Stellvertreter Jürgen Krüger im Personalratsbüro
E-Mail: verdikkhs@aol.com

Internet: <http://www.durchblick.2-www.de>